

# ISRAEL ALS JÜDISCHER UND DEMOKRATISCHER STAAT

## EINE ALTE FRAGE WIRD ZUR NEUEN HERAUSFORDERUNG

*Michael Mertes / Christiane Reves*

Die Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948 definiert Israel als „jüdischen Staat“, der „im Lande Israel“ (*Eretz Israel*) errichtet wird. Der neue Staat wird zwar nicht ausdrücklich als „demokratisch“ bezeichnet, doch die Gründungsurkunde bestimmt, dass Israel „allen seinen Bewohnern völlige Gleichheit der sozialen und politischen Rechte unabhängig von Religion, Rasse oder Geschlecht“ garantiert. An die „arabischen Bewohner des Staates Israel“ richtet sich der Appell, „auf der Grundlage voller und gleicher Staatsbürgerrechte (*full and equal citizenship*) und angemessener Repräsentation in allen vorläufigen und endgültigen staatlichen Institutionen am Aufbau des Staates mitzuwirken“. Ein gewählter Konvent soll „bis spätestens 1. Oktober 1948“ eine israelische Verfassung verabschieden.

Eine solche geschriebene Verfassung gibt es bis heute nicht, jedenfalls nicht in Form eines kohärenten Dokuments. Im Verfassunggebenden Konvent von 1949 scheiterte eine Einigung nicht zuletzt am Dissens über die Frage, ob der Staat Israel ein säkular-demokratisches oder ein von der Halacha<sup>1</sup> geprägtes Gemeinwesen sein solle. Im Laufe der Zeit traten indes mehrere „Grundgesetze“ in Kraft, die mit den Prinzipien der Unabhängigkeitserklärung, einer gefestigten Staatspraxis und der Rechtsprechung des Obersten



Michael Mertes leitet das Auslandsbüro Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem.



Dr. Christiane Reves ist Mitglied des Zentrums für Österreichische und Deutsche Studien an der Ben-Gurion-Universität in Beer-Sheva.

1 | Als Halacha wird das jüdische Rechtssystem mit allen seinen mündlich und schriftlich tradierten Ge- und Verboten bezeichnet. Die halachischen Normen unterscheiden nicht zwischen profaner und religiöser Sphäre, sondern regeln die jüdische Lebensführung in umfassender Weise.

Gerichtshofs zu einer Art ungeschriebener Verfassung verschmolzen.<sup>2</sup>

**Von der Parlamentswahl ausgeschlossen ist, wer sich gegen „die Existenz Israels als Staat des jüdischen Volkes“ oder den „demokratischen Charakter des Staates Israel wendet.**

Das 1958 verabschiedete Grundgesetz über die Knesset bestimmt in seiner heute geltenden Version, dass eine Kandidatenliste von der Parlamentswahl ausgeschlossen ist, wenn sie sich gegen „die Existenz Israels als Staat des jüdischen Volkes“ oder den „demokratischen Charakter“ des Staates Israel wendet.<sup>3</sup> Auch die beiden Grundgesetze „Menschenwürde“<sup>4</sup> und „Beschäftigungsfreiheit“<sup>5</sup> aus den 1990er Jahren, in denen von Israel als jüdischem und demokratischem Staat die Rede ist<sup>6</sup>, gelten als maßgebliche Referenztexte.

Für eine breite Mehrheit israelischer Juden drückt die Formulierung „jüdischer und demokratischer Staat“ auf angemessene Weise sowohl den besonderen Charakter des Staates Israel als auch seine Verpflichtung auf universale Werte aus. Allerdings wird auf verschiedenste Weise ausgelegt, was dies genau zu bedeuten habe. Der vom Knesset-Abgeordneten Avi Dichter (Kadima) im August 2011 eingeführte Entwurf eines neuen Grundgesetzes „Israel als der Nationalstaat des Jüdischen Volkes“ versucht eine Auslegung, die auf der linken Seite des politischen Spektrums und bei den israelischen Arabern als offene Diskriminierung nicht-jüdischer Minderheiten kritisiert wird.<sup>7</sup>

2 | Vgl. Daniel J. Elazar, „The Constitution of the State of Israel“, Jerusalem Center for Public Affairs, Jerusalem, 1993, <http://jcpa.org/dje/articles/const-intro-93.htm> [15.02.2012].

3 | „Basic Law: The Knesset“, 1958, [http://knesset.gov.il/laws/special/eng/basic2\\_eng.htm](http://knesset.gov.il/laws/special/eng/basic2_eng.htm) [15.02.2012].

4 | „Basic Law: Human dignity“, 1992, [http://knesset.gov.il/laws/special/eng/basic3\\_eng.htm](http://knesset.gov.il/laws/special/eng/basic3_eng.htm) [15.02.2012].

5 | „Basic Law: Freedom of occupation“, 1994, [http://knesset.gov.il/laws/special/eng/basic4\\_eng.htm](http://knesset.gov.il/laws/special/eng/basic4_eng.htm) [15.02.2012].

6 | „The purpose of this Basic Law is to protect human dignity and liberty, in order to establish in a Basic Law the values of the State of Israel as a Jewish and democratic state.“ (Zweck dieses Grundgesetzes ist es, die Menschenwürde und die Freiheit zu schützen, um in einem Grundgesetz die Werte Israels als jüdischer und demokratischer Staat festzuschreiben.) Leg. cit., Fn. 4.

7 | In englischer Übersetzung zu finden auf der Website des Initiators Avi Dichter: [http://scribd.com/fullscreen/71974524?access\\_key=key-k2mho7t40ti84bte51r](http://scribd.com/fullscreen/71974524?access_key=key-k2mho7t40ti84bte51r) [15.02.2012].

Mit der Formel vom „jüdischen und demokratischen Staat“ sollte die von der Unabhängigkeitserklärung offen gelassene Lücke gefüllt werden. Dieses versöhnende „sowohl – als auch“ hat es aber nicht vermocht, das von Anfang an bestehende Spannungsverhältnis zwischen einem säkular-demokratischen und einem halachisch-theokratischen Staatsverständnis dauerhaft aufzulösen. In Israel

kursiert schon seit Längerem der Witz, das Land sei in Wahrheit eine Föderation aus der „Säkularen Republik Tel Aviv“ und dem „Halachischen Gottesstaat Jerusalem“. In dieser Karikatur manifestiert sich nicht nur ein

**In Israel kursiert der Witz, das Land sei in Wahrheit eine Föderation aus der „Säkularen Republik Tel Aviv“ und dem „Halachischen Gottesstaat Jerusalem“.**

Unbehagen über die abgeschottete ultraorthodoxe Parallelgesellschaft, sondern auch die Angst vieler säkularer und liberal-religiöser israelischer Juden, gegenüber den schnell wachsenden Minderheiten der Ultraorthodoxen (der Haredim) und der israelischen Araber auf Dauer ins demografische Hintertreffen zu geraten.

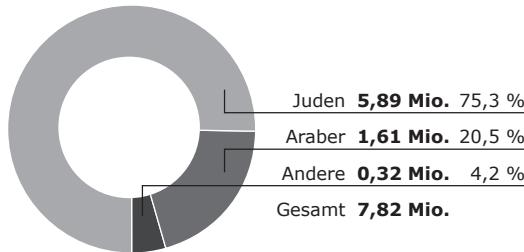
Das in der Formel vom „jüdischen und demokratischen Staat“ zum Ausdruck kommende Spannungsverhältnis lässt sich in eine Reihe von Fragen übersetzen: Ist das Wort „jüdisch“ von ethnisch-kultureller oder von religiöser Bedeutung? (Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy soll Mitte 2011 in einer Kabinettssitzung in Paris gesagt haben: „It is silly to talk about a Jewish State. This would be like saying this is a Catholic table. There are two million Arabs in Israel.“<sup>8</sup>) Reicht es, wenn eine große Mehrheit der israelischen Bevölkerung jüdisch ist, oder kommt es zusätzlich darauf an, dass die israelische Rechtsordnung möglichst umfassend den halachischen Anforderungen entspricht? Welche Werte sollen im Konfliktfall Vorrang haben: die demokratischen Prinzipien oder die Normen der Halacha? Und schließlich: Was bedeutet das jüdische Selbstverständnis des Staates Israel für seine arabischen Staatsbürger? Ende 2011 waren immerhin 20,5 Prozent der israelischen Bevölkerung Araber (gegenüber 75,5

8 | „Es ist albern, von einem jüdischen Staat zu sprechen. Das wäre genauso, wie zu behaupten, dies sei eine katholische Runde. Es gibt zwei Millionen Araber in Israel.“ Aus: Lior Zilberstein, „Sarkozy: It is silly to talk about a Jewish State“, *Ynetnews.com*, 10.06.2011, <http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-4132036,00.html> [15.02.2012].

Prozent Juden und 4,2 Prozent Anderen).<sup>9</sup> Wäre es nicht besser – und überhaupt einer modernen Auffassung von republikanischer Identität angemessener –, Israel einfach als Staat aller Inhaber eines israelischen Passes, als „Staat (aller) seiner Bürger“<sup>10</sup> zu definieren?

Abb. 1

### **Bevölkerung Israels Ende 2011**



Quelle: Central Bureau of Statistics, Fn. 9.

## **DIE AUSSENPOLITISCHE DIMENSION**

Die Antworten auf all diese Fragen sind nicht nur innenpolitisch relevant. Sie bestimmen den Standort Israels in der Gemeinschaft westlicher Demokratien und sein Verhältnis zur jüdischen Diaspora, insbesondere zur liberalen Mehrheit des amerikanischen Judentums.<sup>11</sup> Im Blick auf diese Verwobenheit von innen- und außenpolitischen Aspekten wird häufig die Henry Kissinger zugeschriebene Aussage zitiert, Israel habe keine Außenpolitik, sondern nur eine Innenpolitik.

Sharon Pardo vom Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Studien an der Ben-Gurion-Universität des Negev weist darauf hin, dass Israel gerade auch wegen seines

9 | Vgl. Central Bureau of Statistics (Israel) (Hrsg.), 12/2011, [http://cbs.gov.il/reader/yarhon/find\\_e\\_new.html?CYear=2011&CMonth=12&FindWordYar=population](http://cbs.gov.il/reader/yarhon/find_e_new.html?CYear=2011&CMonth=12&FindWordYar=population) [15.02.2012].

10 | Die Forderung, Israel solle einfach „Staat (aller) seiner Bürger“ sein und auf jedes ethnisch-kulturelle oder religiöse Definitionsmerkmal verzichten, wird vor allem von einer „postzionistischen“, im politischen Spektrum Israels weit links stehenden Minderheit – und natürlich von den meisten israelischen Arabern – vertreten.

11 | Als aktuelles Beispiel vgl. Joel Seltzer, „Israeli and U.S. Jews do not understand one another“, *Haaretz.com*, 08.12.2011, <http://haaretz.com/jewish-world/israeli-and-u-s-jews-do-not-understand-one-another-1.400419> [15.02.2012].

Selbstverständnisses als jüdischer Staat nicht der Europäischen Union beitreten könnte, obwohl laut einer 2011 durchgeführten Umfrage 81 Prozent der Israelis die Idee einer EU-Mitgliedschaft ihres Landes befürworten.<sup>12</sup> Das säkulare Europa hat keinen Grund, sich über den Partikularismus der jüdisch geprägten Leitkultur Israels zu ereifern, solange der Wochen- und Jahresrhythmus seines eigenen öffentlichen Lebens vom christlichen Sonntag und von kirchlichen Festen strukturiert wird. Und wenn vergleichbare Regelungen in Ländern mit islamisch geprägter Leitkultur akzeptabel erscheinen, warum sollte es dann nicht wenigstens *ein* Land auf der Welt geben, in dem der Schabbat ein arbeits- und Jom Kippur ein autofreier Tag ist? Dennoch ist nicht zu übersehen, dass bestimmte Interpretationen des Selbstverständnisses Israels als jüdischer Staat Auswirkungen zum Beispiel auf die Rechtsprechung oder auf die Minderheitenpolitik haben, die für das demokratische Selbstverständnis des Landes nicht unproblematisch sind.

Im israelisch-palästinensischen Konflikt gehört zu den Kernfragen, ob die palästinensische Anerkennung des Staates Israel die ausdrückliche Bestätigung seines jüdischen Charakters umfassen soll. Erstmals wurde diese Forderung explizit bei den Annapolis-Verhandlungen 2007 von der damaligen israelischen Außenministerin Tzipi Livni erhoben.<sup>13</sup> Seither ist sie fester Bestandteil der israelischen Verhandlungsposition. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu betonte bei seiner als richtungweisend angesehenen Bar-Ilan-Rede im Juni 2009 die Wichtigkeit der

**Ministerpräsident Benjamin Netanyahu betonte bei seiner als richtungweisend angesehenen Bar-Ilan-Rede im Juni 2009 die Wichtigkeit der Anerkennung Israels als jüdischer Nationalstaat.**

12 | Michael Mertes, Interview mit Sharon Pardo, 18.07.2011, <http://kas.de/israel/en/publications/23431> [15.02.2012].

13 | Rede der Außenministerin Tzipi Livni bei der Annapolis-Konferenz, 27.11.2007, [http://jewishvirtuallibrary.org/jsource/Peace/Livni\\_Annapolis.html](http://jewishvirtuallibrary.org/jsource/Peace/Livni_Annapolis.html) [15.02.2012]. Livni legt sogar Wert darauf, die erste gewesen zu sein, die die palästinensische Anerkennung Israels als „Jewish homeland“ und „Jewish and Democratic State“ politisch forderte. Vgl. „The state we're in. Israel's Jewish identity“, *The Economist*, 17.05.2011, <http://economist.com/node/21016810> [15.02.2012]. Die palästinensische Reaktion wurde durch die „Palestine Papers“ des arabischen Senders Al Jazeera Anfang 2011 bekannt, vgl. Seumas Milne und Ian Black, „Palestinian negotiators accept Jewish state, papers reveal“, *Guardian Online*, 24.01.2011, <http://guardian.co.uk/world/2011/jan/24/palestinian-negotiators-jewish-state-papers> [15.02.2012].

Anerkennung Israels als jüdischer Nationalstaat.<sup>14</sup> Er fand und findet dafür auch auf der liberalen und linken Seite des politischen Spektrums Unterstützung. So wandte sich der linksliberal-säkulare Kolumnist Carlo Strenger in seinem Blog für die Tageszeitung *Haaretz* mit einem offenen Brief an den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas: „You must come to the Knesset and tell the Israelis that you recognize Israel as the Jewish people's homeland.“<sup>15</sup>

Es geht bei diesem scheinbar theoretischen Disput vor allem auch um ein ganz praktisches Problem – um die Legitimität des palästinensischen Standpunkts, die palästinensischen Flüchtlinge von 1948 und deren Nachkommen hätten ein „Recht auf Rückkehr“ in das Gebiet des heutigen Staates Israel. Wenn Israel diese Forderung akzeptierte, stünde die jüdische Mehrheit und damit der jüdische Charakter des Staates auf dem Spiel. Auch für andere zentrale Aspekte wie die Frage der Teilbarkeit oder Unteilbarkeit Jerusalems ist dieses Thema bedeutsam.

Der Historiker Benny Morris hat in einer viel beachteten Monografie über die Geschichte der Zwei-Staaten-Lösung

herausgearbeitet, dass die palästinensische

**Aus israelischer Sicht ist die Zwei-Staaten-Lösung das wirksamste Mittel, die Existenz eines jüdischen Staates langfristig zu sichern.**

Führung nie endgültig das Ziel eines binationalen Gesamtstaates in Palästina (in dem die Araber wegen höherer Geburtenraten bereits um das Jahr 2020 die Mehrheit hätten<sup>16</sup>) aufgegeben habe.<sup>17</sup> Aus israelischer Sicht ist die

Zwei-Staaten-Lösung das wirksamste Mittel, die Existenz

14 | Rede von Premierminister Benjamin Netanjahu am Begin-Sadat (BESA) Center for Strategic Studies, Bar-Ilan Universität, 14.06.2009, [http://mfa.gov.il/MFA/Government/Speeches+by+Israeli+leaders/2009/Address\\_PM\\_Netanyahu\\_Bar-Ilan\\_University\\_14-Jun-2009.htm](http://mfa.gov.il/MFA/Government/Speeches+by+Israeli+leaders/2009/Address_PM_Netanyahu_Bar-Ilan_University_14-Jun-2009.htm) [15.02.2012].

15 | „Sie müssen zur Knesset kommen und den Israelis sagen, dass Sie Israel als Heimstätte des jüdischen Volkes anerkennen“, aus: Carlo Strenger, „Open Letter to Mahmoud Abbas for Yom Kippur“, *Haaretz.com*, 07.10.2011, <http://haaretz.com/blogs/strenger-than-fiction/open-letter-to-mahmoud-abbas-for-yom-kippur-1.388763> [15.02.2012].

16 | Vgl. Sergio Della Pergola, „Jewish Demographic Policies. Population Trends and Options in Israel and in the Diaspora“, The Jewish People Policy Institute, Jerusalem, 2011, 39, [http://jppi.org.il/uploads/Jewish\\_Demographic\\_Policies.pdf](http://jppi.org.il/uploads/Jewish_Demographic_Policies.pdf) [15.02.2012].

17 | Benny Morris, *One State, Two States*, New Haven/London, 2009, u.a. 174 f.

eines jüdischen Staates langfristig zu sichern. So erklärte Ministerpräsident Netanjahu im Juni 2011 während einer Kabinettsdiskussion zum Bericht des Jewish People Policy Institute über demografische Veränderungen des jüdischen und des palästinensischen Bevölkerungssegments in Israel und dem Westjordanland, wichtiger als eine israelische Präsenz im Westjordanland sei es, „eine solide jüdische Mehrheit innerhalb des Staates Israel zu bewahren“.<sup>18</sup>

### EIN NEUER KULTURKAMPF?

Der unaufgelöste Gegensatz zwischen einem säkularen und einem halachischen Staatsverständnis hat durch die großen Demonstrationen des Sommers 2011 und durch zunehmend aggressive Versuche der Haredim, im öffentlichen Leben halachische Normen durchzusetzen, internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Eine verkürzende Berichterstattung reduzierte die Demonstrationen auf Sozialproteste; in Wirklichkeit ging es dabei auch, vielleicht sogar mit an vorderster Stelle, um eine als ungerecht empfundene Lastenverteilung zwischen den Leistungsträgern aus der säkularen und liberal-religiösen Mittelschicht einerseits und andererseits dem wachsenden ultra-orthodoxen Bevölkerungssegment, das eine Reihe von Privilegien genießt – beispielweise die Befreiung vom Wehrdienst (drei Jahre für Männer, zwei Jahre für Frauen).<sup>19</sup>

Schon seit mehreren Jahren untersucht das Israel Democracy Institute (IDI) – ein Thinktank, der in Israel über alle Partegrenzen hinweg in hohem Ansehen steht – demoskopisch die Einstellungen israelischer Juden zum Thema „Israel als jüdischer und demokratischer Staat“. Das IDI unterscheidet dabei zwischen vier bzw. fünf Gruppen: den Ultraorthodoxen, den Religiösen/Orthodoxen, den Traditionsbefähigenden und den Säkularen<sup>20</sup> bzw. den Ultraortho-

18 | Barak Ravid, „Netanyahu: Israel needs to separate from the Palestinians“, *Haaretz.com*, 21.06.2011, <http://haaretz.com/print-edition/news/netanyahu-israel-needs-to-separate-from-the-palestinians-1.368795> [15.02.2012].

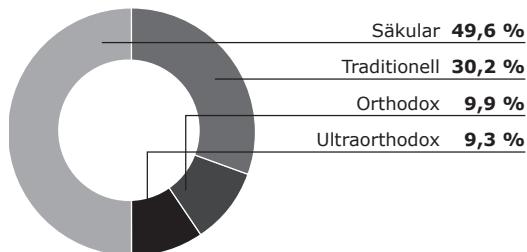
19 | Vgl. Nadine Mensel, „Rothschild ist nicht Tahrir“, *KAS-Länderbericht*, 09.08.2011, [http://kas.de/wf/doc/kas\\_23574-1522-1-30.pdf?111029074831](http://kas.de/wf/doc/kas_23574-1522-1-30.pdf?111029074831) [15.02.2012].

20 | Tamar Hermann et al., *The Israeli Democracy Index 2011*, The Israel Democracy Institute (IDI), <http://www.idi.org.il/sites/english/events/ThePresidentsConference/Documents/Democracy%20Index%202011.pdf> [15.02.2012].

doxen, den Orthodoxen, den Traditionsbefürwortenden, den nicht anti-religiösen Säkularen und den anti-religiösen Säkularen.<sup>21</sup>

Abb. 2

### **Religiöse Selbsteinordnung israelischer Juden**



Quelle: IDI, *The Israeli Democracy Index 2011*, Fn. 20.

Nach dem Israeli Democracy Index 2011 stuft die Hälfte (49,6 Prozent) der israelischen Juden sich selbst als säkular ein; knapp ein Drittel (30,2 Prozent) definiert sich als traditionsbefürwortend und jeweils knapp ein Zehntel (9,9 bzw. 9,3 Prozent) als orthodox bzw. ultraorthodox. Bemerkenswert ist vor allem die Kluft, die sich bei der religiösen Selbsteinordnung zwischen den Generationen auftut: Bei den Jüngeren definieren sich doppelt so viele Befragte wie im Durchschnitt des jüdischen Bevölkerungsteils (21,1 Prozent) als ultraorthodox, während bei den Älteren die Zahl der Säkularen mit 57,4 Prozent besonders hoch liegt.<sup>22</sup> Dieser Befund bestätigt einmal mehr die Vorhersage, dass sich in der israelischen Gesellschaft die demografische Balance zu Ungunsten der Säkularen verschiebt.

Die Frage nach der Wertigkeit der beiden Definitionsmerkmale „jüdisch“ und „demokratisch“ offenbart, dass etwas mehr als die Hälfte des jüdischen Bevölkerungsteils den Akzent auf nur eine Komponente legt: Auf die Frage „Welches Element ist für Sie persönlich in der Formel ‚jüdischer und demokratischer Staat‘ wichtiger?“ antworten gegenwärtig 29,5 Prozent „jüdisch“, 22,9 Prozent „demo-

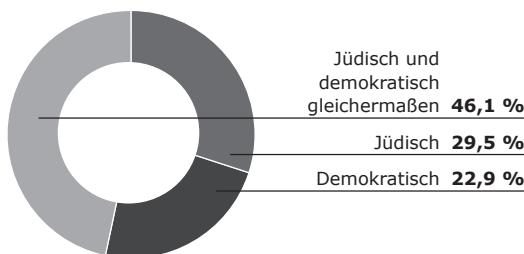
21 | Asher Arian, Ayala Keissar-Sugarmen et al., „A Portrait of Israeli Jews. Beliefs, Observance, and Values of Israeli Jews, 2009“, 01/2012, [http://www.idi.org.il/sites/english/events/Other\\_Events/Documents/GuttmanAviChaiReport2012\\_EngFinal.pdf](http://www.idi.org.il/sites/english/events/Other_Events/Documents/GuttmanAviChaiReport2012_EngFinal.pdf) [15.02.2012].

22 | *The Israeli Democracy Index 2011*, Fn. 20, 292.

kratisch“ und 46,1 Prozent „beides gleichermaßen“.<sup>23</sup> Das heißt, dass für insgesamt 75,6 Prozent der Befragten der jüdische Charakter und für 69 Prozent der demokratische Charakter Israels herausragende Werte sind. Diese Zahlen weisen aber auch auf die Polarisierung zwischen dem betont säkularen und dem betont religiösen Bevölkerungssegment hin. Dies wird besonders deutlich, wenn man die Antworten der vier vom IDI nach Religionsaffinität unterschiedenen Gruppen betrachtet (Abb. 4).

Abb. 3

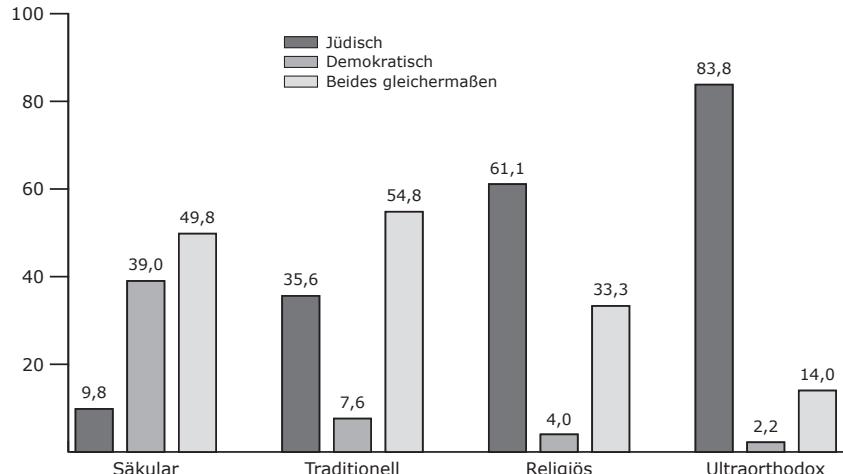
**Die Formel „jüdischer und demokratischer Staat“  
Persönliche Gewichtung der Elemente**



Quelle: IDI, *The Israeli Democracy Index 2011*, Fn. 20.

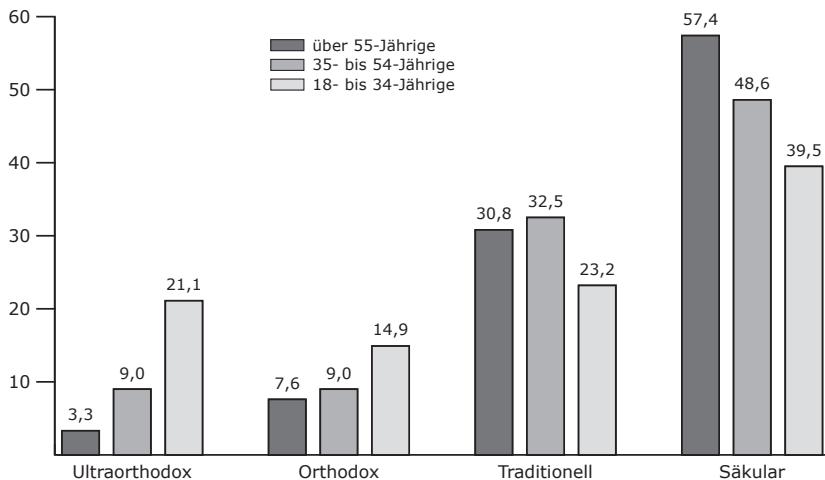
Abb. 4

**Die Formel „jüdischer und demokratischer Staat“ –  
Persönliche Gewichtung der Elemente nach  
Religionsaffinität**



Quelle: IDI, *The Israeli Democracy Index 2011*, Fn. 20.

Abb. 5  
**Religiöse Selbsteinordnung israelischer Juden nach Altersgruppen**



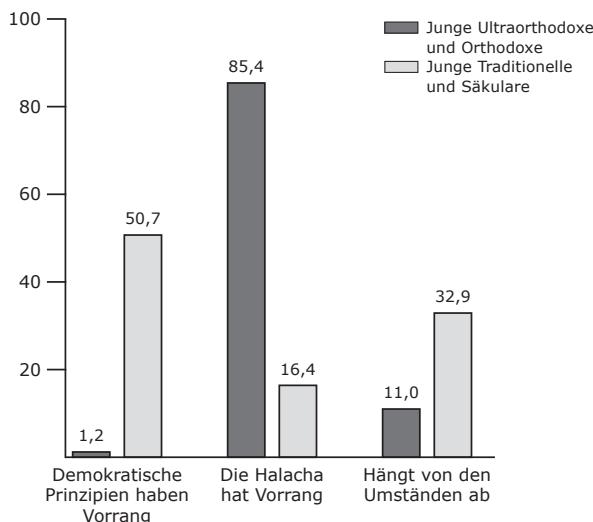
Quelle: IDI, *The Israeli Democracy Index 2011*, Fn. 20.

Noch deutlichere Konturen erhält das Bild, wenn danach gefragt wird, ob im Konfliktfall die demokratischen Prinzipien oder die Vorschriften der Halacha Vorrang haben sollen. Die Hälfte aller jüdischen Befragten antwortet, den demokratischen Prinzipien gebühre Priorität; 26,5 Prozent meinen, das hänge von den Umständen ab, und 21 Prozent geben der Halacha den Vorrang. Auch hier zeigt sich eine bemerkenswerte Polarisierung in den jüngeren Altersgruppen (18- bis 34-Jährige): Während junge Säkulare und Traditionsbefürwortende sich mit absoluter Mehrheit dafür aussprechen, normative Konflikte zwischen Demokratie und Halacha zugunsten demokratischer Prinzipien aufzulösen, sehen es über 85 Prozent der jungen Ultraorthodoxen und Orthodoxen genau andersherum.<sup>24</sup>

24 | *The Israeli Democracy Index 2011*, Fn. 20, 57-62.

Abb. 6

**Demokratische Prinzipien und Vorschriften der Halacha:  
Persönliche Gewichtung im Fall eines Konflikts nach  
Religionsaffinität**



Quelle: IDI, *The Israeli Democracy Index 2011*, Fn. 20.

**„A NEW ISRAEL IN THE MAKING“<sup>25</sup>:**  
**AUF DEM WEG ZU EINEM NEUEN ISRAEL?**

Im Alltag und in der Politik zeigen sich die Polarisierung der Gesellschaft und die Spannungen, die sich aus unterschiedlichen Auffassungen über die Bedeutung der Selbstdefinition Israels als jüdischer und demokratischer Staat ergeben, an vielen Stellen. In die Schlagzeilen gerieten erst kürzlich die Auseinandersetzungen von Angehörigen der liberalen Mehrheit mit fanatischen Vertretern der ultraorthodoxen Minderheit, deren religiöse Vorstellungen von Geschlechtertrennung mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau kollidieren. Fernsehtteams wurden von Haredim tätlich angegriffen, als sie über die Spannungen und Ausschreitungen in dem fast zur Hälfte ultraorthodoxen Ort Beit Shemesh berichten wollten. Frauenverbände und Menschenrechtsorganisationen äußerten sich besorgt zu diesem Trend. Um ihrem Protest Ausdruck

25 | Gideon Levy, „A new Israel in the making“, *Haaretz.com*, 13.11.2011, <http://haaretz.com/print-edition/opinion/a-new-israel-in-the-making-1.395241> [15.02.2012].

zu verleihen, setzten sich Frauen in öffentlichen Buslinien, die ultra-orthodoxe Gemeinden bedienen, in die den Männern vorbehaltenen vorderen Sitzreihen.

Auch in der Armee gibt es derzeit hitzige Diskussionen. Traditionell ist die Ausrichtung des Militärs eher säkular. In der Gründungsphase der Israel Defence Forces (IDF) einigte man sich darauf, gewisse Mindeststandards zum Beispiel bei der Essenszubereitung für die religiösen Soldaten einzuhalten. Im vergangenen Jahr riefen jedoch ultraorthodoxe Rabbiner die männlichen Soldaten auf, sich aus religiösen Gründen von offiziellen Veranstaltungen in der Armee fernzuhalten, in denen Frauen eine Gesangsvorstellung geben.<sup>26</sup> Nach der Halacha sei es Männern verboten, den Gesang von Frauen zu hören.

## DIE SITUATION DER MINDERHEITEN

Menschenrechtsorganisation machen regelmäßig darauf aufmerksam, dass die nichtjüdischen Minderheiten in Israel in vielfältiger Form Benachteiligung ausgesetzt sind. Dass es Diskriminierung vor allem gegenüber den Arabern in Israel gibt, bestreiten auch knapp 50 Prozent der Israelis nicht.<sup>27</sup>

**Der israelische Staat sieht grundsätzlich keine strukturelle Diskriminierung der Araber allein dadurch, dass sich Israel als jüdischer Staat definiert.**

Bei der Gründung des Staates Israels 1948 erhielten die innerhalb der Staatsgrenzen verbliebenen Araber die israelische Staatsbürgerschaft. Sie haben die Freiheit, ihre Kultur, Sprache und Religion auszuüben, sowie das Recht, an Wahlen teilzunehmen. In der Knesset sind Parteien der arabischen Minderheiten vertreten. Der israelische Staat sieht deshalb grundsätzlich keine strukturelle Diskriminierung der Araber allein dadurch, dass sich Israel als jüdischer Staat definiert.<sup>28</sup>

26 | Amos Harel, „The ultra-Orthodox are changing the face of the IDF“, *Haaretz.com*, 18.11.2011, <http://haaretz.com/weekend/week-s-end/the-ultra-orthodox-are-changing-the-face-of-the-idf-1.396302> [15.02.2012].

27 | *The Israeli Democracy Index 2011*, Fn. 20, 194.

28 | Botschaft des Staates Israel, Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), *Diffamierungskampagne gegen Israel. Fragen und Antworten*, 2011, 12 ff., <http://embassies.gov.il/berlin/departments/oeffentlichkeitsarbeit/Pages/cultural-affairs.aspx> [15.02.2012].

Dennnoch gibt es ein unübersehbares wirtschaftliches, gesellschaftliches und kulturelles Gefälle. Viele arabische Dörfer gelten nicht als Entwicklungsregionen, so dass ihnen Strukturfördermittel vorenthalten bleiben.<sup>29</sup> Die Kindersterblichkeit bei den israelischen Arabern ist zweieinhalb Mal höher als bei jüdischen Bürgern. Einer von zwei israelischen Arabern mit Hochschulabschluss ist ohne Arbeit. Nationale Tests zeigen, dass im Durchschnitt arabische Kinder in Mathematik, in den Naturwissenschaften und in Englisch schlechter abschneiden als jüdische Kinder.<sup>30</sup>

Immer wieder gibt es Berichte über Diskriminierungen, die zum Beispiel Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit von Minderheiten betreffen. So kämpfte die arabische Familie Zabeidat sechs Jahre darum, in dem mehrheitlich jüdischen Ort Rakefet wohnen zu dürfen. Das junge Architektenhepaar, das vor allem aufgrund der besseren Infrastruktur diesen Wohnsitz wollte, wurde vom Aufnahmekomitee als „nicht sozial passend“ mehrfach abgelehnt.<sup>31</sup> Diese Entscheidung wurde zwar schließlich durch ein Urteil des Obersten Gerichtshofes aufgehoben. Mit der im März 2011 verabschiedeten Gesetzgebung wurden die Aufnahmekomitees dennoch prinzipiell gestärkt. Sie können sich weiterhin rechtmäßig ihre Neubürger nach „social suitability“ aussuchen.<sup>32</sup>

**Ein arabisches Architektenhepaar, das aufgrund der besseren Infrastruktur im mehrheitlich jüdischen Ort Rakafet wohnen wollte, wurde vom Aufnahmekomitee als „nicht sozial passend“ mehrfach abgelehnt.**

Das orthodoxe Rabbinat in Israel befürwortet teilweise eine solche Politik. Erst im Dezember vergangenen Jahres unterschrieben mehrere Dutzend staatlich finanzierte Ortsrabbiner ein religiöses Rechtsgutachten, das Juden vor-

29 | Benyamin Neuberger, „Israel – A Liberal Democracy with four flaws“, in: Joseph E. David (Hrsg.), *The State of Israel: Between Judaism and Democracy. A Compendium of Interviews and Articles*, IDI, Jerusalem, 2003, 368.

30 | Gershom Gorenberg, „Is Israel a Democracy?“, *American Prospect*, 04.12.2009, <http://prospect.org/article/israel-democracy-0> [15.02.2012].

31 | Jack Khouri, „Israel’s High Court orders Jewish Galilee town to accept Arab couple“, *Haaretz.com*, 14.09.2011, <http://haaretz.com/print-edition/news/israel-s-high-court-orders-jewish-galilee-town-to-accept-arab-couple-1.384296> [15.02.2012].

32 | Edmund Sanders, „New Israeli law will discriminate against Arabs, critics say“, *Los Angeles Times*, 24.03.2011, <http://articles.latimes.com/2011/mar/24/world/la-fg-israel-arab-laws-20110324> [15.02.2012].

schreiben soll, Wohnungen, Häuser oder Grundbesitz nicht an Nichtjuden – Moslems, Christen oder Angehörige anderer religiöser Gruppen – zu vermieten oder zu verkaufen.<sup>33</sup> Damit wollten die Rabbiner, so wurde gemutmaßt, verhindern, dass sich arabische Studenten an einer Universität in der für religiöse Juden bedeutenden Kleinstadt Zfat einschreiben. Gegen einen der Initiatoren, Rabbi Schmuel Eliahu, wird derzeit eine strafrechtliche Untersuchung wegen Anstiftung zum Rassismus aufgrund araberfeindlicher Äußerungen in den Medien geführt, die zwar nicht im Zusammenhang mit diesem religiösen Rechtsgutachten steht, jedoch deutlich macht, welche Grundeinstellung sich dahinter verbirgt.<sup>34</sup>

**Amos Schocken, Herausgeber der Haaretz, kritisierte das „Citizenship and Entry into Israel Law“ schon vor einigen Jahren als „Apartheid“-Regelung.**

Als besonders diskriminierend gilt das „Citizenship and Entry into Israel Law“<sup>35</sup>, das die Einreise und Einbürgerung von Ehepartnern arabischer Israelis massiv erschwert, wenn diese aus den Palästinensischen Gebieten stammen. Amos Schocken, der für seine pointierten Ansichten bekannte Herausgeber der linksliberalen *Haaretz*, kritisierte dieses Gesetz schon vor einigen Jahren als „Apartheid“-Regelung.<sup>36</sup> Im Januar 2012 bestätigte der Oberste Gerichtshof die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes mit einer knappen 6:5-Mehrheit.<sup>37</sup> Der Eingriff in die Gleichheitsrechte arabi-

33 | Jack Khouri und Yair Ettinger, „39 municipal rabbis issue ruling against renting homes to non jews; PM, minister up in arms“, *Haaretz.com*, 08.12.2010, <http://haaretz.com/print-edition/news/39-municipal-rabbis-issue-ruling-against-renting-homes-to-non-jews-pm-ministers-up-in-arms-1.329411> [15.02.2012].

34 | Tomer Zachrin und Eli Ashkenazi, „Prominent Israeli rabbi faces probe over anti-Arab remarks“, *Haaretz.com*, 22.11.2011, <http://haaretz.com/news/national/prominent-israeli-rabbi-faces-criminal-probe-over-anti-arab-remarks-1.397057> [15.02.2012].

35 | Vgl. „The Citizenship and Entry into Israel Law (temporary provision) 5763 - 2003“, [http://knesset.gov.il/laws/special/eng/citizenship\\_law.htm](http://knesset.gov.il/laws/special/eng/citizenship_law.htm) [09.03.2012].

36 | Amos Schocken, „Citizenship law makes Israel an apartheid state“, *Haaretz online*, 27.06.2008, <http://haaretz.com/print-edition/opinion/citizenship-law-makes-israel-an-apartheid-state-1.248635> [09.03.2012].

37 | Vgl. Hassan Jabareen und Sawsan Zaher, „The Israeli Supreme Court’s Decision in the Citizenship Law Case HCJ 466/07, MK Zahava Galon v. The Attorney Geberals, et al.“, *Jadaliyya*, Arab Studies Institute (ASI), 31.01.2012, <http://jadaliyya.com/pages/index/4205/the-israeli-supreme-courts-decision-in-the-citizen> [09.03.2012].

scher Bürger Israels sei durch das überwiegende Sicherheitsinteresse der Öffentlichkeit gerechtfertigt. In der Tat ist es der erklärte Zweck des Gesetzes, das Einsickern palästinensischer Terroristen im Wege einer (angeblichen) Familienzusammenführung zu verhindern. Ein Richter drückte es so aus: „Menschenrechte sind kein Rezept für nationalen Selbstmord.“ Einen zweiten Zweck des Gesetzes nannte der Knesset-Abgeordnete Ze’ev Boim im Jahre 2006 beim Namen: „Wir müssen den demokratischen Charakter des Staates aufrechterhalten, aber auch seinen jüdischen Charakter.“<sup>38</sup>

Des Problems der Ungleichbehandlung der Minderheiten ist man sich in der israelischen Gesellschaft durchaus bewusst. Politiker, Intellektuelle und Menschenrechtsorganisationen beobachten die Situation sehr genau und fordern die Regierung immer wieder auf, dieses Thema aktiv unter Einbeziehung der betroffenen Minderheiten anzugehen.<sup>39</sup>

### **DIE BEDEUTUNG DER HALACHA FÜR RECHTSPRECHUNG UND GESETZGEBUNG**

Unter Rechtswissenschaftlern wird kontrovers diskutiert, inwieweit die Halacha einen Einfluss auf die demokratische Gesetzgebung und Rechtssprechung haben darf.<sup>40</sup> Aharon Barak,

**Aharon Barak, ehemaliger Präsident des israelischen Obersten Gerichtshofs, ist der Auffassung, dass das jüdische harmonisch mit dem demokratischen Element zu vereinbaren sei.**

ehemaliger Präsident des israelischen Obersten Gerichtshofs, ist der Auffassung, dass das jüdische harmonisch mit dem demokratischen Element zu vereinbaren sei.<sup>41</sup> Es gibt jedoch auch andere Stimmen: Die Rechtswissenschaftlerin Ruth Gavison weist darauf hin, dass ein halachischer Staat im Gegensatz zu einem demo-

38 | „We have to maintain the state’s democratic nature, but also its Jewish nature.“ Vgl. Sheera Claire Frenkel, „Left appalled by citizenship ruling“, *The Jerusalem Post Online*, 15.05.2006, <http://jpost.com/Israel//Article.aspx?id=21791> [09.03.2012].

39 | Ruth Gavison, „Democracy and Judaism: Between Conceptual Analysis and Public Discourse“, in: David (Hrsg.), *The State of Israel: Between Judaism and Democracy. A Compendium of Interviews and Articles*, Fn. 29, 340.

40 | Für eine ausführliche Diskussion zu diesem Thema vgl. Ruth Gavison, *Israel as a Jewish and Democratic State: Tensions and Prospects*, Tel Aviv, 1999; dies., „Jewish and Democratic: A Rejoinder to the Ethnic Democracy Debate“, *Israel Studies*, 4, 1999.

41 | Ebd.

kratischen stünde: „Even an enlightened and righteous religious Jewish state will not be democratic.“<sup>42</sup>

Menachem Elon, ebenfalls ehemaliger Richter und zeitweise Vizepräsident des israelischen Obersten Gerichtshofs, ist der Auffassung, man müsse bei der Rechtsprechung nicht nur auf säkulare, sondern auch auf religiöse jüdische Rechtsquellen zurückgreifen, um dem jüdischen Charakter des Staates gerecht zu werden.<sup>43</sup>

**Die ultraorthodoxe Gemeinschaft im Jerusalemer Stadtteil Mea Shearim wollte zum Laubhüttenfest aus religiösen Gründen einige Straßen für Frauen sperren.**

Noch viel weiter gehen jene Rabbiner, die es unter Berufung auf die Halacha für gerechtfertigt halten, gegen demokratische Prinzipien zu handeln.<sup>44</sup> Die ultraorthodoxe Gemeinschaft im Jerusalemer Stadtteil Mea Shearim wollte beispielsweise zum Laubhüttenfest<sup>45</sup> 2011 aus religiösen Gründen einige Straßen für Frauen sperren. Der Oberste Gerichtshof entschied, dass dies dem Gleichheitsgrundsatz widerspreche und verbot ein solches Vorhaben. Die Haredim setzten sich darüber hinweg. Sie trennten dennoch Bürgersteige ab und sperrten einige Straßen.<sup>46</sup>

Der Oberste Gerichtshof gibt in seinen Entscheidungen demokratischen Prinzipien regelmäßig Vorrang. Anhänger einer stärkeren Berücksichtigung der Halacha als Rechtsquelle bemühen sich daher – bislang ohne Erfolg – um

42 | „Auch ein aufgeklärter und rechtschaffener religiöser jüdischer Staat wird kein demokratischer sein.“ Gavison, „Democracy and Judaism“, Fn. 39, 335.

43 | Melachem Elon, „Derekh Hok be-Ḥukah: Arakheha shel Medinah Yehudit ve-Demokratit le-or Ḥok Yesod: Kevod ha-Adam ve-Ḥeruto“, *Iyyunei Mishpat*, 17, 1992, 700.

44 | Gavison, „Democracy and Judaism“, Fn. 39, 336.

45 | Das sieben Tage dauernde Laubhüttenfest (Hebr.: *Sukkot*) ist eines der drei Wallfahrtsfeste, bei denen des Auszugs aus Ägypten gedacht wird. Traditionelle Juden bauen eine Laubhütte (*Sukkah*), in der sie ihre Mahlzeiten einnehmen und teilweise sogar übernachten. Das Fest schließt mit dem *Simchat Tora*, dem Torafreudenfest, ab. Es hat auch den Charakter eines Erntedankfestes.

46 | Oz Rosenberg, „Mea Shearim to ban certain Jerusalem street for women during Succot“, *Haaretz.com*, 11.11.2011, <http://haaretz.com/print-edition/news/mea-she-arim-to-ban-women-from-certain-jerusalem-streets-during-sukkot-1.389237> [15.02.2012]; ders., „Court limits Mea She’arim’s separation of the sexes on Sukkot“, *Haaretz.com*, 17.10.2011, <http://haaretz.com/print-edition/news/court-limits-meashe-arim-s-separation-of-sexes-on-sukkot-1.390322> [15.02.2012].

stärkeren Einfluss auf die Nominierung von Richtern am Supreme Court.<sup>47</sup>

### **DIE EINWANDERUNG UND DIE FRAGE: WER IST EIN JUDE?**

Bei der Frage, wer als Jude anerkannt wird, bewegt sich die Diskussion im Spannungsfeld zwischen der Definition von Judentum als Religion und seiner Definition als ethnische Zugehörigkeit. Die Mehrheit der Juden in Israel hat ein nationales Selbstverständnis.<sup>48</sup> Bei den orthodoxen Juden – vor allem bei den jüngeren Befragten – geht der Trend dahin, dem Selbstverständnis als Jude eine stärker religiöse Bedeutung beizumessen. Beide Sichtweisen stehen nicht in einem scharfen, unüberbrückbaren Gegensatz zueinander; vielmehr hält es ein Großteil der israelischen Juden mit einem vermittelnden „sowohl – als auch“, wobei der Akzent bei den einen mehr auf dem nationalen bzw. ethnischen, bei den anderen mehr auf dem religiösen Aspekt liegt.

Der Zionismus betrachtet die Juden als Nation mit dem Recht auf Selbstbestimmung in einem eigenen Staat, in den alle Juden der Welt einwandern dürfen. In der Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948 heißt es deshalb: „The State of Israel will be open for Jewish immigration and for the Ingathering of the Exiles.“<sup>49</sup> Der erste Staatspräsident Israels, David Ben Gurion, sagte unter dem Eindruck des Holocausts, dass jeder, den die Nazis einen Juden nannten und deshalb ermorden wollten, in Israel eine Zuflucht finde.<sup>50</sup> Um die Zuwanderung zu regulieren, wurde 1950 das Rückkehrgesetz verabschiedet.<sup>51</sup> Darin heißt es, dass

47 | Jonatan Lis und Tomer Zarchin, „Vote on bill for vetting Israel Supreme court candidates to be pushed off“, *Haaretz.com*, 13.11.2011, <http://haaretz.com/print-edition/news/vote-on-bill-for-vetting-israel-supreme-court-candidates-to-be-pushed-off-1.395211> [15.02.2012].

48 | *The Israeli Democracy Index 2011*, Fn. 20, 52 ff.

49 | „Der Staat Israel wird offen für die Einwanderung von Juden und für die Zusammenführung der im Exil Lebenden sein.“ Declaration of the Establishment of the State of Israel.

50 | David Clayman, „The Law of Return Reconsidered“, *Jerusalem Letters of Lasting Interest*, 16.07.1995, <http://jcpa.org/jl/hit01.htm> [15.02.2012].

51 | The Law of Return (Das israelische Rückkehrgesetz), [http://mfa.gov.il/MFA/MFArchive/1950\\_1959/Law+of+Return+5710-1950.htm](http://mfa.gov.il/MFA/MFArchive/1950_1959/Law+of+Return+5710-1950.htm) [15.02.2012].

**Das orthodox geprägte Rabbinat ist der Auffassung, dass jüdisch nur sei, wer von einer jüdischen Mutter abstammt und seine Religionszugehörigkeit nicht gewechselt hat.**

jeder Jude oder jeder, der von einem Juden abstamme, das Recht zur Einwanderung habe. Dies gelte auch für Kinder und Enkel, Ehepartner sowie Ehepartner eines Kindes oder eines Enkels von Juden.<sup>52</sup> Das orthodox geprägte Rabbinat dagegen ist der Auffassung, dass jüdisch nur sei, wer – wie es die Halacha verlangt – von einer jüdischen Mutter abstammt und seine Religionszugehörigkeit nicht gewechselt hat.<sup>53</sup> Diese orthodoxe Definition wurde dem Rückkehrgesetz als Ergänzung angefügt.<sup>54</sup> Reformjuden erkennen allerdings als jüdisch auch denjenigen an, der zwar keine jüdische Mutter, wohl aber einen jüdischen Vater hat.

Da die Definition nicht eindeutig ist, wird der Oberste Gerichtshof immer wieder eingeschaltet. Seine Urteile bilden die Grundlage für weitere gerichtliche Entscheidungen. Auf einige Grundsatzentscheidungen wird bis heute zurückgegriffen:

In den 1960er Jahren wollte Daniel Rufeisen, „Bruder Daniel“, nach Israel einwandern. Er war ein Jude, der zur Nazizeit Verfolgung erlebt und maßgeblich zur Rettung anderer Juden beigetragen hatte, später allerdings zum Katholizismus konvertierte. Auch wenn man anerkannte, dass er ethnisch ein Jude sei, wurde seine Einwanderung aufgrund der Konversion zum Katholizismus abgelehnt.<sup>55</sup>

Im „Fall Shalit“ stellte sich Frage, ob das Kind einer nicht-jüdischen Mutter und eines jüdischen Vaters beim Einwohnermeldeamt in der Rubrik „Nationalität“ als „jüdisch“ geführt werden dürfe. Das Gericht wollte diese Entscheidung umgehen und schlug vor, die Rubrik „Religion“ durch ein neues Gesetz aus der Liste der zu erfassenden Merkmale zu streichen, was jedoch nicht geschah.<sup>56</sup> Schließlich wurde entschieden, dass das Kind entsprechend dem Wunsch der Eltern als „jüdisch“ eingetragen werden musste. Auf

52 | Ebd.

53 | Ebd.

54 | Amendment to the Law of Return, [http://mfa.gov.il/MFA/MFAArchive/1950\\_1959/Law+of+Return+5710-1950.htm](http://mfa.gov.il/MFA/MFAArchive/1950_1959/Law+of+Return+5710-1950.htm) [15.02.2012].

55 | Der Fall „Bruder Daniel“, <http://adl.org/israel/conversion/testing-principles.asp#1> [15.02.2012].

56 | High Court of Justice (BaGaTz) Case 58/68, Shalit vs. Minister of Interior et al., 84, 23 (2), 447, <http://adl.org/israel/conversion/testing-principles.asp#1> [15.02.2012].

Druck der Nationalreligiösen Partei wurde daraufhin dem Rückkehrgesetz der Zusatz angefügt, dass nur derjenige, dessen Mutter jüdisch ist oder der zum Judentum übergetreten ist, als „jüdisch“ registriert werden könne.<sup>57</sup>

Anhand des „Falls Miller“ wird die Konfliktlinie zwischen dem orthodoxen und dem reformierten Judentum deutlich. Die Amerikanerin Shoshana Miller konvertierte unter der Aufsicht von Reformrabbinern in den USA zum Judentum. Sie wanderte nach Israel aus und wurde auf der Basis des Einwanderungsgesetzes automatisch Staatsbürgerin. Als sie sich auf dem Einwohnermeldeamt registrieren lassen wollte, verweigerte man ihr jedoch den Eintrag als jüdisch, da ihre Konversion bei Reformrabbinern in den USA von den orthodoxen Rabbinern in Israel nicht anerkannt wurde. Das Oberste Gericht bestärkte Miller in ihrem Anspruch. Die Umsetzung wurde jedoch hinausgezögert, und Shoshana Miller verließ kurz nach dieser Entscheidung Israel. Andere Einwanderer, die sich auf diesen Fall berufen wollen, haben Schwierigkeiten, sich durchzusetzen.<sup>58</sup>

### **GRENZEN ZWISCHEN STAAT UND HALACHA: DAS ISRAELISCHE EHRECHT**

Die Grenze zwischen säkularinem Staat und Halacha verschwimmt unter anderem auf dem Gebiet des israelischen Eherechts. Während in Deutschland die Zivilehe Vorrang vor der kirchlichen Eheschließung hat, ist in

Israel ausschließlich das orthodoxe Rabbinat zuständig für Eheschließungen von Juden. Reform- und konservative Rabbis dürfen keine Eheschließungen, Scheidungen oder Konversionen vornehmen.<sup>59</sup> Die Voraussetzung für eine gültige Eheschließung ist eine orthodox-jüdische Religionszugehörigkeit beider Partner oder eine wirksame Konversion.<sup>60</sup> Die Ehen von Moslems und Christen werden innerhalb ihrer eigenen religiösen Gemeinschaften geschlossen. Mischiehen zwischen Angehörigen verschiedener Religionen sind jedoch faktisch nicht vorgesehen.

**Die Voraussetzung für eine gültige Eheschließung ist eine orthodox-jüdische Religionszugehörigkeit beider Partner oder eine wirksame Konversion.**

57 | The Anti Defamation League, <http://adl.org/israel/conversion-testing-principles.asp#1> [15.02.2012].

58 | Ebd.

59 | Yonatan Shapiro, *Democracy in Israel*, Ramat Gan, 1977, 24.

60 | Neuberger, Fn. 29, 366.

Israelis, deren jüdischer Status von den orthodoxen Rabbinern angezweifelt wird, haben Schwierigkeiten, zu einer religiösen Eheschließung zugelassen zu werden. Viele Juden reisen deshalb außer Landes, um heiraten zu können. 2008 wurden mehr als 5.000 Ehen außerhalb Israels geschlossen, das sind etwa zehn Prozent aller Eheschließungen.<sup>61</sup>

## AUSBLICK

Die gegenwärtige Debatte über Israels Zukunft als jüdischer und demokratischer Staat ist symptomatisch für ein geschärftes gesellschaftliches Bewusstsein von der Veränderlichkeit des jahrelang gefestigt anmutenden Status quo. Nicht nur die politischen Umbrüche des „Arabischen Frühlings“ haben zu diesem Bewusstseinswandel beigetragen, sondern auch die Erkenntnis, dass sich im Innern Israels tektonische Verschiebungen ankündigen.

**Israel hat es in mehr als 60 Jahren geschafft, als Insel der Demokratie in einem Ozean der Autokratie zu überleben. Warum sollte das künftig anders sein?**

Es gibt einen links-säkularen<sup>62</sup> Alarmismus, der Israel bereits in einem „Kulturmampf“<sup>63</sup>, ja geradezu auf dem Weg der „Iranisierung“ und „Talibanisierung“ wähnt und die Halacha mit der Scharia gleichsetzt. Dem ließe sich entgegenhalten, dass Israel es in mehr als 60 Jahren geschafft hat, unter widrigsten Umständen als Insel der Demokratie<sup>64</sup> und der Religionsfreiheit in einem Ozean der Autokratie und der Unterdrückung religiöser Minderheiten zu überleben. Warum sollte das künftig anders sein?

61 | Yair Ettinger, „Rights activists: Israeli government should finance couples forced to wed abroad“, *Haaretz.com*, 30.08.2011, <http://haaretz.com/news/national/rights-activist-israeli-government-should-finance-couples-forced-to-wed-abroad-1.381430> [15.02.2012].

62 | Der Säkularismus ist heute keine vorwiegend linke Strömung mehr. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums hat es in den vergangenen beiden Jahrzehnten durch Zuwanderung nicht-religiöser Juden aus der ehemaligen Sowjetunion einen beträchtlichen Zuwachs für die Säkularen gegeben. Der rechte Säkularismus findet vor allem in der Partei Jisra'el Beiteinu eine politische Heimat.

63 | Eines von vielen Beispielen ist Gideon Levys Kommentar „Israel is in the midst of a culture war“, *Haaretz.com*, 11.12.2011, <http://haaretz.com/print-edition/opinion/israel-is-in-the-midst-of-a-culture-war-1.400736> [15.02.2012].

64 | Im internationalen Demokratie-Ranking liegt Israel im Mittelfeld. Vgl. *The Israeli Democracy Index 2011*, Fn. 20, 209 ff.

Wahr ist allerdings auch, dass die israelische Innenpolitik vor der immer drängenderen Aufgabe steht, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Isolierung der wachsenden und inzwischen immer selbstbewusster auftretenden ultraorthodoxen Minderheit zu überwinden. Erst kürzlich mahnte der israelische Zentralbankgouverneur Stanley Fisher, die Haredim müssten sehr viel stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden<sup>65</sup>; angesichts der Tatsache, dass nur 37 Prozent der ultraorthodoxen Männer berufstätig sind<sup>66</sup>, wäre das ein sehr erfolgversprechendes Mittel gegen die Abkapselung der ultraorthodoxen Parallelgesellschaft. In dieselbe Richtung weisen aktuelle Pläne zur Revision des „Tal-Gesetzes“, nach denen junge Haredim künftig nicht mehr vom Militärdienst freigestellt werden sollen.<sup>67</sup> Diese Initiativen gelten als eine der wichtigsten Antworten auf die von säkularen und liberal-religiösen Kräften getragenen Proteste des Sommers 2011.<sup>68</sup>

Die säkularen Kräfte innerhalb der zionistischen Bewegung hatten bei Gründung des Staates Israel noch geglaubt, die Zahl der Ultraorthodoxen würde immer mehr abnehmen, je weiter Israel gesellschaftlich und wirtschaftlich vorankomme. Doch die allzu simple Gleichung „Modernisierung gleich Säkularisierung“ hat sich auch in anderen Teilen der Welt als falsch erwiesen. Was Israel aber von anderen westlichen Demokratien unterscheidet, ist die Tatsache, dass sein nationales Selbstverständnis als „jüdischer Staat“ stets von einer religiösen Komponente mitgeprägt sein wird.

65 | Ram Ozeri, „Fischer: Israel's ultra-Orthodox must start working“, *Haaretz.com*, 02.02.2012, <http://haaretz.com/business/fischer-israel-s-ultra-orthodox-must-start-working-1.410515> [15.02.2012].

66 | Hila Weisberg, „Measures on Haredim vanish from labor reform“, *Haaretz.com*, 27.01.2012, <http://haaretz.com/business/measures-on-haredim-vanish-from-labor-reform-1.409444> [15.02.2012].

67 | Vgl. Debattenüberblick von Adi Singer: „Military service in Israel – mandatory for all?“, 02.03.2012, <http://kas.de/israel/en/publications/30354> [02.03.2012].

68 | Yossi Verter, „Haredi army enlistment may cost Netanyahu precious political capital“, *Haaretz.com*, 03.02.2012, <http://haaretz.com/weekend/week-s-end/haredi-army-enlistment-may-cost-netanyahu-precious-political-capital-1.410808> [15.02.2012].